

Postulat 167

– Antrag auf dringliche Behandlung

Der Antrag auf dringliche Behandlung wurde vom Grossen Stadtrat abgelehnt am 5. März 2026

Humanitäre und sicherheitspolitische Verantwortung der Stadt Luzern angesichts der aktuellen Krise in Rojava (Nordostsyrien)

Erbil Günes und Chiara Peyrer namens der GRÜNE/JG-Fraktion vom 4. Februar 2026

Truppen des syrischen Übergangspräsidenten Ahmed al-Sharaa (Kampfname als Dschihadist: Abu Mohammed al-Jolani) setzen ihre Angriffe auf die demokratischen, selbstverwalteten Gebiete Rojavas fort. Die autonome Region Rojava ist erneut von einer Eskalation bewaffneter Gewalt betroffen. Gemäss Berichten internationaler Organisationen und Menschenrechtsstellen kommt es zu schweren humanitären Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, darunter Angriffe auf zivile Infrastruktur, Vertreibungen sowie Einschränkungen des humanitären Zugangs.¹ Solche Handlungen stellen mögliche schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Genfer Konventionen dar. Die Städte Kobane und weitere Regionen in Rojava sind derzeit von syrischen Regierungstruppen belagert, Hunderttausende Menschen leiden unter Mangel an Nahrung, Wasser, Strom und medizinischer Versorgung.²

Die Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) unterzeichneten am 30.01.2026 ein Friedensabkommen, um unter enormem Druck und angesichts zunehmender Gewalt ein Massaker zu verhindern. Der islamistisch geprägten Regierung kann jedoch nicht voll vertraut werden, dass sie den Frieden langfristig respektiert. Deshalb bleibt anhaltende Wachsamkeit unerlässlich.³ Eine europäische Delegation besucht derzeit Rojava, um die politische und humanitäre Lage zu prüfen. Sie warnt vor der anhaltenden Belagerung Kobanes, dem drohenden Zusammenbruch der medizinischen Versorgung und fordert mehr Engagement westlicher Regierungen.

Besondere Bedeutung kommt der Tatsache zu, dass die kurdischen Kräfte in Rojava, darunter in herausragender Weise auch kurdische Frauenorganisationen und Frauenverteidigungseinheiten, eine zentrale Rolle im internationalen Kampf gegen die Terrororganisation «Islamischer Staat» (IS) gespielt haben. Ihr Einsatz war entscheidend für die militärische Niederlage des IS in der Region und erfolgte unter grossen Opfern. Diese Akteur*innen haben damit nicht nur die lokale Bevölkerung geschützt, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit über die Region hinaus geleistet. Ein Wiedererstarken dschihadistischer Gruppierungen stellt nicht nur eine akute Bedrohung für die Bevölkerung vor Ort dar, sondern auch eine Gefahr für Europa und damit auch für die Schweiz. Instabilität in der Region, Angriffe auf die kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen sowie die Schwächung jener Kräfte, die den IS bekämpft haben, erhöhen das Risiko einer erneuten Radikalisierung und internationaler terroristischer Aktivitäten.

¹ <https://www.medicointernational.ch/regionen-projekte/kurdistan/hintergruende/angriffe-auf-rojava-weiten-sich-aus.html#jump>

² <https://www.medicointernational.ch/regionen-projekte/kurdistan/hintergruende/rojava-krieg-ohne-aufmerksamkeit.html>

³ <https://www.srf.ch/news/international/erdogan-unter-druck-kurden-geben-selbstverwaltung-in-syrien-auf-die-hintergruende>

Die Stadt Luzern bekennt sich zu den Grundwerten der Menschenrechte, der Gleichstellung sowie zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewalt. Dieses Bekenntnis verpflichtet dazu, glaubwürdige Berichte über Völkerrechtsverletzungen und humanitäre Notlagen ernst zu nehmen und im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört auch, jene nicht im Stich zu lassen, die im Kampf gegen den IS eine Schlüsselrolle übernommen haben.

Auch wenn die Aussen- und Sicherheitspolitik in der Zuständigkeit des Bundes liegt, können Städte durch humanitäre Unterstützung, politische Sensibilisierung und solidarische Stellungnahmen einen wichtigen Beitrag leisten. Die Stadt Luzern hat in der Vergangenheit bei vergleichbaren Krisen entsprechende Verantwortung wahrgenommen.

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen,

1. welche konkreten Handlungsmöglichkeiten die Stadt Luzern im Zusammenhang mit der aktuellen humanitären Krise in der autonomen Region Rojava (Nordsyrien) hat;
2. in welcher Form die Stadt Luzern humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung in Rojava leisten kann, insbesondere über anerkannte und unabhängige Hilfsorganisationen, und
3. wie die Stadt Luzern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten sich solidarisch positionieren und gegenüber dem Bund oder anderen relevanten Stellen auf die humanitäre Lage, die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie die sicherheitspolitische Bedeutung der Situation aufmerksam machen soll.